

# DEUTSCHE POLITIK

## Neuland im Bildungswesen I

Eine Überprüfung unseres gesamten Bildungswesens hat vor einiger Zeit Bundespräsident *Lübke* gefordert, als ihm der Wissenschaftsrat seine Empfehlungen für den Ausbau der wissenschaftlichen Hochschulen bis zum Jahr 1970 vorlegte. Als ob es damit nicht genug wäre, hat der Bundespräsident weiter erklärt, wir dürften vor tiefgreifenden Reformen auch dann nicht zurückschrecken, wenn wir damit Neuland beträten. Das war gewiß ein großes Wort. Leider ist jedoch zu befürchten, daß dieses große Wort ebenso wie manche anderen Verlautbarungen führender Politiker in unserem Lande sich als hohl und unwirksam erweisen wird, weil schließlich niemand die Kraft und nur wenige den Willen haben, auf solche Worte auch Taten folgen zu lassen.

Zudem scheidet eine Überprüfung unseres gesamten Bildungswesens schon daran, daß wir keine Instanz besitzen, die dazu legitimiert und beauftragt ist. Der Wissenschaftsrat ist eine nützliche Institution, doch beschränkt sich sein Wirken auf die wissenschaftlichen Hochschulen. Dasselbe gilt im wesentlichen vom Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung. Die Kultusministerien der Länder hingegen sind in ihrer Zuständigkeit regional beschränkt und können das gesamte Bildungswesen bestenfalls jeweils innerhalb ihrer Landesgrenzen überprüfen. Das gesamte Bildungswesen der Bundesrepublik, von dem Herr *Lübke* sprach, gleicht einem Mosaikbild oder, vielleicht noch richtiger, einem jener komplizierten Legespiele, die mit dem englischen Wort „puzzle“ genannt werden. Puzzle aber heißt eigentlich Rätsel, und Rätsel gibt unser Bildungswesen in der Tat eine ganze Menge auf.

### II

Woran mag der Bundespräsident wohl gedacht haben, als er sagte, wir dürften bei der Durchsetzung von Reformen vor Neuland nicht zurückschrecken? Vermutlich nicht an die sogenannte Kritische Universität, die von einem Teil der Berliner Studenten als Gegenuniversität zur Freien Universität geplant wird. Man mag über dieses Vorhaben, das von einigen Professoren unterstützt wird, denken, wie man will — eines ist nicht zu übersehen: dort wird von reformfreudigen Zeitgenossen Neuland betreten. Was auf diesem Neuland angestrebt wird und geschehen könnte, hat der Politologe *Kurt Sontheimer* deutlich ausgesprochen: „Die Masse der Professoren fürchtet um ihre Autorität. Aber Amtsautorität gilt den Studenten nichts mehr. An allen Uni-

versitäten, nicht nur in Berlin, ist ein Abbau der autoritären Amtsstruktur zu erwarten.“ Damit hat Professor *Sontheimer* einen Sachverhalt oder vielmehr eine Entwicklungstendenz angesprochen, die überall in unserm Bildungswesen zu beobachten ist, nicht zuletzt auch in unsern Schulen. Die Amtsautorität ist ins Wanken geraten und wird sich wahrscheinlich nicht wieder stabilisieren lassen. Das soll nicht heißen, daß es künftig in unsern Schulen und Hochschulen keine Autorität mehr geben könne oder dürfe. Nur erwächst echte Autorität ausschließlich aus der Leistung, aus der Persönlichkeit und dem Wissen des Lehrers, nicht aber an der Tatsache, daß er der „Herr Lehrer“ der Dorfschule, der Studienrat am Gymnasium oder der Ordinarius an der Universität ist.

### III

Wenn es wirklich zu einer Überprüfung unseres gesamten Bildungswesens kommen soll, so muß diese bei dem immer noch ganz überwiegend autoritären Charakter unserer Schulen und Hochschulen einsetzen. Es gibt da von Land zu Land und außerdem von Schule zu Schule Unterschiede. Aber endgültig durchbrochen ist das System der Amtsautorität heute noch nirgends in der Bundesrepublik. Das hängt natürlich in erster Linie mit dem antiquierten Zustand unserer Universitäten zusammen, auf denen ein großer Teil unserer Lehrer ausgebildet wird. Ein amerikanischer Gastlehrer, der soeben nach einjähriger Tätigkeit an einem westdeutschen Gymnasium in seine Heimat zurückgekehrt ist, äußerte sein Erstaunen darüber, daß die autoritäre Haltung seiner deutschen Kollegen sich keineswegs auf die ältere Generation beschränke, sondern häufig bei jungen Studienassessoren anzutreffen sei, die erst vor wenigen Jahren die Universität verlassen haben. Nicht wenige dieser jungen Lehrer stützen sich nach Ansicht des amerikanischen Beobachters ausschließlich auf ihre Amtsautorität und versuchen, sich mit deren Hilfe bei ihren Schülern Respekt zu verschaffen. Wer als Vater oder auf andere Weise Einblick in unsere Schulen hat, weiß nur zu gut, daß solche Beobachtungen auf Tatsachenberuhen.

### IV

Das ist nun allerdings eine nicht nur in Westdeutschland anzutreffende Erscheinung, aber kaum irgendwo sonst ist das gesamte Bildungswesen so stark von autoritären Zügen geprägt wie hierzulande. Das Übel ist alt, und auch die Kritik daran ist nicht neu. So lesen wir in *Bert Brechts* „Flüchtlingsgesprächen“ etwa folgende Sätze: „Groß tritt dem jungen Menschen in der Schule in unvergeßlichen Gestaltungen der Unmensch gegenüber. Dieser besitzt eine fast schrankenlose Gewalt. Ausgestattet mit pädagogischen Kenntnissen

und langjährigen Erfahrungen erzieht er den Schüler zu seinem Ebenbild." Vor etlichen Jahren wählte sich ein hochbegabter Primaner, der beste Schüler seiner Klasse, diese Sätze zum Text der Rede, die er bei der Entlassung der Abiturienten zu halten beauftragt wurde. Was jener Jüngling insgesamt darüber sagen wollte, hat die Öffentlichkeit, hat selbst die beschränkte Öffentlichkeit seiner Schule niemals erfahren. Kaum nämlich hatte er Bert Brechts Sätze vorgetragen, als der Direktor der Schule sich protestierend erhob, dem Abiturienten die Fortsetzung seiner Rede untersagte und die Aula verließ. So tief in seiner Amtsautorität getroffen fühlte sich jener Schulleiter, daß er ernstlich den Versuch unternahm, dem kritischen jungen Mann das Reifezeugnis noch nachträglich abzusprechen.

## V

Was damals als pikante Meldung die Runde durch die bundesdeutsche Presse machte, erschiene heute nicht mehr so sensationell. Heute gibt es revolutionäre Gruppen unter den älteren Schülern ebenso wie unter den Studenten. Eine dieser Gruppen faßte vor einiger Zeit in Frankfurt am Main eine EntschlieÙung, die teilweise wie ein Echo auf die vorher zitierten Sätze von Bert Brecht klingt. Da hieß es: „Es gibt Schüler, die machen jetzt nicht mehr mit! Die Schüler in der Bundesrepublik sind eine unverhältnismäßig rechtlose und unterdrückte Gruppe. Sie sind abhängig von demokratisch nicht kontrollierten Instanzen: von einer Schule mit überholter Autoritätsstruktur und von einem Elternhaus, das alle ‚erzieherischen‘ Mittel in der Hand hat.“ Die Bemerkung über das Elternhaus ist augenscheinlich ironisch gemeint. Gleichwohl kann man jene Frankfurter EntschlieÙung überspitzt nennen, aber überspitzt bedeutet nicht dasselbe wie grundfalsch. Wie wenig falsch sie ist, beweist die Stellungnahme eines Erwachsenen, die sich im März 1967 in den Vierteljahreshften der „Gesellschaft der Freunde der Schülermitverantwortung“ findet: „Es ist in den vergangenen zwanzig Jahren nur unzureichend gelungen, die Autoritätsschule des Obrigkeitsstaates in die Schule der Demokratie zu verwandeln . . . Für die Schülermitverantwortung an der einzelnen Schule bedeutet das, daß sie soviel Entfaltungsmöglichkeit hat, wie der Schulleiter ihr gönnt, nicht mehr . . . Offener Widerstand der Lehrer gegen die verordnete Schülermitverantwortung ist selten, verborgener, häufiger; häufiger ist Gleichgültigkeit oder Furcht vor Beeinträchtigung der Lehrerautorität.“

## VI

Die Art von Amtsautorität, die in unserm Bildungswesen — aber nicht nur dort! — vorherrscht, ist mit echter Demokratie nicht in

Einklang zu bringen. Geht man aber der wachsenden Unruhe, die heute unter Studenten und immer mehr auch unter Schülern herrscht, auf den Grund, so stößt man immer wieder auf das Verlangen nach einer Demokratisierung nicht nur unseres Bildungswesens, sondern unserer Gesellschaft überhaupt. Die eigentliche Crux in der Bundesrepublik ist diese: Wir leben in einem demokratischen Staat, das heißt in einem Staat mit einer im ganzen vortrefflich ausgedachten demokratischen Verfassung, die sich allerdings an den Idealen und an den sozialen Voraussetzungen des frühen 19. Jahrhunderts orientiert. Wir leben aber nicht in einer demokratischen Gesellschaft. Unsere gesellschaftliche Wirklichkeit — die . Wirtschaft, . die Verwaltung und nicht zuletzt unser Bildungswesen — wird von autoritären und hierarchischen Prinzipien bestimmt, die von der wissenschaftlichen und technischen Entwicklung längst überholt und ausgehöhlt worden sind. Das ertragen die meisten Älteren aus Gleichgültigkeit oder Bequemlichkeit. Ein ständig wachsender Teil der Jugend will es nicht mehr ertragen.

## VII

Die Demokratisierung unserer Wirtschaft oder Verwaltung ist wünschenswert und wichtig. Unvergleichlich viel wichtiger ist jedoch die Demokratisierung unseres Bildungswesens; denn eine Gesellschaft wird morgen oder übermorgen so beschaffen sein, wie ihr Bildungswesen heute beschaffen ist. Solange die Amtsautorität der Lehrer der Angelpunkt unseres Bildungswesens bleibt, kann dieses nicht demokratisch werden. Solange der Lehrer, wie es leider in der Mehrzahl der Fälle zutrifft, sich als der Vorgesetzte seiner Schüler oder Studenten fühlt, wird es ihm nicht gelingen, deren innere Zustimmung zu gewinnen. Innere Zustimmung aber ist eine Grundvoraussetzung demokratischer Verhältnisse. Nicht Vorgesetzter soll der Lehrer sein, sondern Meister, worin ja das lateinische Wort *magister* steckt. Kraft seiner Meisterschaft in der Sache, *die* er lehrt, und in der Weise, *wie* er lehrt, muß er sich die wahre, innere Autorität erwerben, die von dem Besitz eines Amtes gänzlich unabhängig ist. Es ist ein Irrtum sehr vieler Mitbürger, daß die Schule (oder auch das Elternhaus) im herkömmlichen Sinne autoritär organisiert bleiben könne oder gar müsse, daß man aber gleichwohl eine demokratische Gesellschaft schaffen könne. *Hegel* hat gesagt: „In der demokratischen Verfassung ist überhaupt der Entwicklung großer politischer Charaktere am meisten Raum gegeben; denn sie vornehmlich läßt die Individuen nicht nur zu, sondern fordert sie auf, ihr Talent geltend zu machen.“ Der Philosoph hat diesen Satz vor allem auf das politische Leben bezogen; er gilt jedoch überall und zumal im Bildungswesen. Ein de-

mokratisch organisiertes, von den Fesseln der Amtsautorität befreites Bildungswesen vermag der Entwicklung von selbständigen Charakteren sehr viel mehr Raum zu geben als unser derzeitiges Bildungswesen, das durchweg von der Angst der Lehrer um ihre Autorität geprägt wird.

## VIII

Um dorthin zu gelangen, wird die Gesellschaft freilich ihr Verhältnis zur jungen Generation grundlegend revidieren müssen. In England wird seit einiger Zeit ernstlich erwogen, die gesetzliche Mündigkeit vom einundzwanzigsten auf das achtzehnte Lebensjahr herabzusetzen. Das ist kein Zufall. Großbritannien ist zwar in manchen Dingen hinter der Entwicklung anderer Länder zurückgeblieben; auf dem Gebiet der Gesellschaftsreform ist es jedoch häufig beispielhaft (in den Augen mancher Leute sogar avantgardistisch), so etwa mit seinem neuen Gesetz über die Straflösigkeit der Homosexualität unter erwachsenen Männern oder mit dem Gesetz über die Erleichterung der Abtreibung aus sozialen Gründen. Es mag humoristisch klingen, wenn man in England darauf hinweist, daß die Festsetzung der Mündigkeit auf das einundzwanzigste Lebensjahr im 11. Jahrhundert nur deshalb erfolgt ist, weil jüngere Männer die schwere Ritterrüstung jener Zeit noch nicht tragen konnten. Man könnte dieses Argument jedoch ganz ernsthaft weiterführen und darauf hinweisen, daß man heute den Achtzehnjährigen zwar den Militärdienst zumutet, ihnen die Bestimmung über ihr eigenes Schicksal aber verweigert.

## IX

Es geht jedoch im Grunde nicht um eine gesetzliche Altersgrenze, sondern es geht um die Einstellung der Älteren zur Jugend. Die vorher zitierte Behauptung revolutionär gesinnter Schüler, daß „die Schüler in der Bundesrepublik eine unverhältnismäßig rechtlose und unterdrückte Gruppe“ seien, ist nicht aus der Luft gegriffen. Auch wenn man einen achtzehnjährigen Schüler noch nicht mit *allen* bürgerlichen Rechten ausstatten wollte, wäre das kein Grund, ihm innerhalb der Schule last alle Rechte zu versagen. Das aber ist die Situation, in der sich heute die meisten Schüler hierzulande befinden. Den meisten Lehrern und fast allen maßgeblichen Beamten der Schulverwaltungen in der Bundesrepublik kommt einfach nicht der Gedanke, daß die Schule als demokratische Institution verstanden werden müsse. Also als eine Institution, deren Angehörige — Lehrer wie Schüler — als grundsätzlich Gleichberechtigte miteinander daran arbeiten sollen, daß wir eine ebenso gebildete wie demokratische Gesellschaft werden. *Hier* liegt das Neuland, das zu betreten sich Reformen unseres gesamten Bildungswesens in der Tat nicht scheuen sollten.

*Dr. Helmut Lindemann*

## Wie rationalisiert man den Hochschulbetrieb ?

Der Bundesminister für Wissenschaft, Dr. *Stoltenberg*, hat die deutschen Universitätsrektoren und Professoren auf der jüngsten Tagung der Nobelpreisträger in Lindau (Juli 1967) gerügt, daß in der Reform der Hochschulen nichts Greifbares geschehe. Der Wissenschaftsminister verlangt aber von den deutschen Rektoren und Professoren ein Stück Arbeit und ein Umdenken, das sie nie gelernt haben. Ein Wissenschaftler ist zwar ein Mann, der viel weiß — daher der Name; aber dieses Wissen in praktische Maßnahmen umzusetzen, ist ihm von Natur aus zuwider und auch nicht seine Aufgabe. Und wenn ein Fachwissenschaftler mit internationalem Namen im Bau von Funktürmen und Betonbrücken zum Rektor bestellt wird, dann kann von ihm nicht erwartet werden, daß er von einem Tag auf den anderen statt mit Beton mit Menschen umzugehen versteht und die ganze vielschichtige Kunst der Führungstechnik beherrscht, zu der der Industriemanager in harter Schule durch Jahrzehnte hindurch erzogen wird. Der Rektor ist doch vollständig abhängig von seinem Verwaltungsdirektor und dessen Vorschriften, die er nicht sachkundig beurteilen kann. Als in der Regel einseitig überzüchteter Fachwissenschaftler hat er insbesondere keinen Stand gegen die Fortschrittsunwilligen innerhalb seines Bereiches, die diese Schwäche jederzeit ausnützen werden.

Der Bundesminister für Wissenschaft hat ferner zur Teamarbeit ermahnt. Dafür muß doch erst einmal die organisatorische Grundlage geschaffen werden; sie ist bis jetzt auf keiner Hochschule vorhanden. Bis jetzt verteidigt doch jeder Institutsleiter sein Schrebergartenkönigreich in einem Kampf aller gegen alle. Es ist doch bis jetzt noch nicht einmal möglich, auch nur zwei Institute, die Tür an Tür nebeneinander arbeiten, zur gemeinsamen Lösung einer fachlichen Aufgabe an einen Tisch zu bringen. Die aus diesem Nebeneinander entstehenden Ausgaben an Lehrmitteln und Apparaturen samt der verschwendeten menschlichen Energie können schon bei zwei Instituten hoch in die Zehntausende gehen. Die so entstehende Verschwendung im gesamten Hochschulbetrieb ist noch nie erfaßt worden; sie würde bei jeder einzelnen Hochschule in die Millionen gehen. Jeder einzelne Institutsleiter spart, alle zusammen verschwenden. Sie wollen sparen, aber sie können nicht. Es fehlen ihnen doch die elementarsten Grundkenntnisse der organisatorischen Zusammenarbeit, der Teamarbeit.

Um eine solche Aufgabe der Organisation, der Rationalisierung und der Planung und der darauf fußenden Kooperation zu verwirklichen, dazu gehört nicht in erster Linie viel Geld, sondern Zivilcourage, Phantasie, Geduld

und Zähigkeit und das dazugehörige organisatorische Fachwissen. Das alles ist im normalen Hochschulbetrieb nicht da. Wie will da der Bundesminister für Wissenschaft etwas erreichen?

Der Bundesminister für Wissenschaft hat sich noch über einen zweiten Punkt beschwert: Die Langsamkeit. Er weiß selbst am besten aus seinem eigenen Ministerium, wie umständlich und schwerfällig der Staatsapparat und die vielen damit zusammenhängenden Gremien, Ausschüsse usw. sind. Er weiß selbst, daß er auf diesem Wege kaum den schnellen Erfolg erreichen wird, den er aber seinerseits von den Hochschulen erwartet.

Das alles sind Tatsachen, die der Bundesminister für Wissenschaft durch Mahnung, Rüge, Weisungen und Vorschriften niemals ändern kann.

Aber auf die nächstliegende und simpelste Schlußfolgerung daraus ist er nicht gekommen, nämlich: Die Privatinitiative der hilfsbereiten Bundesbürger einzuschalten, die dank ihrer Beweglichkeit, ihrem Fachwissen, ihrem persönlichen Mut, ihrer Phantasie, ihrer geistigen Unabhängigkeit unvergleichlich viel erfolgreicher sein können als der ganze Staatsapparat. Warum benutzt der Herr Bundesminister diese private Initiative nicht? Wenn die im Überfluß vorhandenen Reformideen mit Aussicht auf Erfolg in die Praxis umgesetzt werden sollen und sich nicht wiederum totlaufen sollen, warum faßt man die Rationalisierung des Hochschulbetriebes nicht so an, wie es der große Industriebetrieb macht, wenn er den Innen-

betrieb neu ordnen will oder wenn er einen neuen Artikel auf den Markt bringen will: Innerbetrieblich Arbeitsstudien, außerbetrieblich eine Meinungsforschung bei den Hochschulangehörigen, um die Motive und Argumente herauszufinden, die im Stande sind, den guten Willen zur Rationalisierung zu fördern. Dann schaltet der Industriebetrieb die Public-Relations-Abteilung ein. Diese soll im Betrieb und bei den zukünftigen Abnehmern — auf der Hochschule den Studenten und Professoren — Stimmung für die zukünftigen Maßnahmen schaffen. Dann setzt der Industriebetrieb eine umfangreiche Werbung ein, um in kleinsten Schritten und ständiger Wiederholung den Nutzen und die Zweckmäßigkeit der Absichten seiner Kundschaft bekanntzumachen. In der Hochschule sind diese Kundschaft Professoren, Studenten und Verwaltungsleute. Warum benutzt man diese altbewährten Industriemethoden nicht?

Rüge, Mahnung, Zwang sind Werkzeuge des Obrigkeitsstaates, die freiwillige Mitarbeit erreicht man damit nicht. Werben um staatsbürgerliche *Mitarbeit* ist gute demokratische Form und Vorbild.<sup>1)</sup>

*Dr. Eberhard Georgii, Stuttgart  
Württ. Gesellschaft für industrielle  
Forschung e. V.*

1) Der vorstehende Text wurde, wie bei unserer Gesellschaft üblich, in Gruppengesprächen erarbeitet und dann von mir redigiert. Zum Thema Hochschulreform haben wir eine Bibliographie mit rund 300 kurz kommentierten Titeln erstellt, die wir Interessenten gegen Erstattung der Kopierkosten überlassen (Adresse: 7 Stuttgart-Degerloch, Reutlinger Str. 34).